

Weiterentwicklung DVS

Vertiefung zur Standardisierung

Projektleitung «Weiterentwicklung DVS»

Bern, 29. Januar 2026



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra



KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN
CONFERENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX
CONFERENZA DEI GOVERNI CANTONALI
CONFERENZA DA LAS REGENZAS CHANTUNALAS

Schweizerischer Städteverband
Union des villes suisses
Unione delle città svizzere



Schweizerischer Gemeindeverband
Association des Communes Suisses
Associazione dei Comuni Svizzeri
Associaziun da las Vischnancas Svizras



Agenda

- 1 Zielbild DVS und Stossrichtungen
- 2 Projektorganisation
- 3 Exkurs: Standardisierung
- 4 Einbettung und Projektplan
- 5 Fragen und Diskussion





Hintergrund und Auftrag



Etappe 1

Politische Plattform mit
Standardentwicklung (aktuell)



Etappe 2

Politische Plattform mit
verbindlicher Standardsetzung

2022

2026

2029 ff.

Operativer Betrieb
mit Leistungen und Projekten

Beschluss von Bund und
Kantonen zum **etappen-
weisen Aufbau** der DVS

Evaluation des Erreichten
sowie eine Analyse bezüglich
der **weiteren Entwicklung**

Vorlage von **Entscheidungs-
grundlagen** bis spätestens
2026 (Ziffer 2 Abs. 8 RV DVS)

Weitere Entwicklungen
je nach Bedarf



Erkenntnisse für die Weiterentwicklung



Evaluation der DVS



Bestehende Grundlagen (u. a. Strategie DVS)



Analyse von Praxisbeispielen



Rechtliches Variantenpapier

Anerkennung des **Mehrwerts und Potenzials der DVS**, aber auch von **Optimierungs- und Weiterentwicklungsbedarf**

Fokussierung auf **Bereiche mit grosser Hebelwirkung** (insb. Standardisierung, Infrastruktur, Basisdienste)

Einnahme einer **stärker gestaltenden und proaktiven Rolle** der DVS (insbesondere bei der Standardentwicklung)

Befürwortung einer **verbindlichen Standardsetzung**, sofern eine **starke Beteiligung aller Staatsebenen** gewährleistet ist

Orientierung am Ausland, wo die **föderale Zusammenarbeit** stärker institutionalisiert wurde (inkl. verbindlicher Standardsetzung)

Bereitstellung **zusätzlicher Ressourcen** und **Teilrevision der Bundesverfassung** erforderlich (vorauss. ein neuer Artikel)



Identifizierter Handlungsbedarf

...

Unausgeschöpfte Synergien aufgrund fehlender Harmonisierung und Wiederverwendbarkeit...

- **Geringe Planungs- und Investitionssicherheit** für Gemeinwesen bzgl. gemeinsam genutzter Lösungen und Entwicklungen in den Gemeinwesen (z. B. Beschaffung)
- Keine systematische, abgestimmte **Architektur- und Standardentwicklung**
- Reaktive, **opportunistische Portfolioentwicklung** ohne ausreichend Bezug zur Strategie DVS und Architektur
- **Komplizierte, langwierige Willensbildung und Koordination** für gemeinsame Investitionen und Vorhaben – auf und zwischen den Staatsebenen



Zielbild und Stossrichtungen

Standardisierung muss im Kontext der gesamten Wertschöpfungskette der digitalen Transformation betrachtet werden. Das Zielbild fokussiert auf die Schliessung der heutigen Lücken.





Zielbild und Stossrichtungen

Zentrale Elemente des Zielbilds DVS

Grundsätze

- Die föderale Zusammenarbeit entlang der **gesamten Wertschöpfungskette** der digitalen Transformation denken
- Den **föderalistischen Ansatz** bewahren

Stossrichtung 1: Stärkung der gemeinsamen Steuerung und Umsetzung

- Ausbau der Fähigkeiten zur kohärenten strategischen Gestaltung und Planung von Standards, Infrastrukturen und Basisdiensten
- Strategisch gesteuerte und mit dedizierten Ressourcen unterstützte Standardentwicklung
- Koordination der Entwicklungs- und Betriebsleistungen für gemeinsam genutzte Lösungen

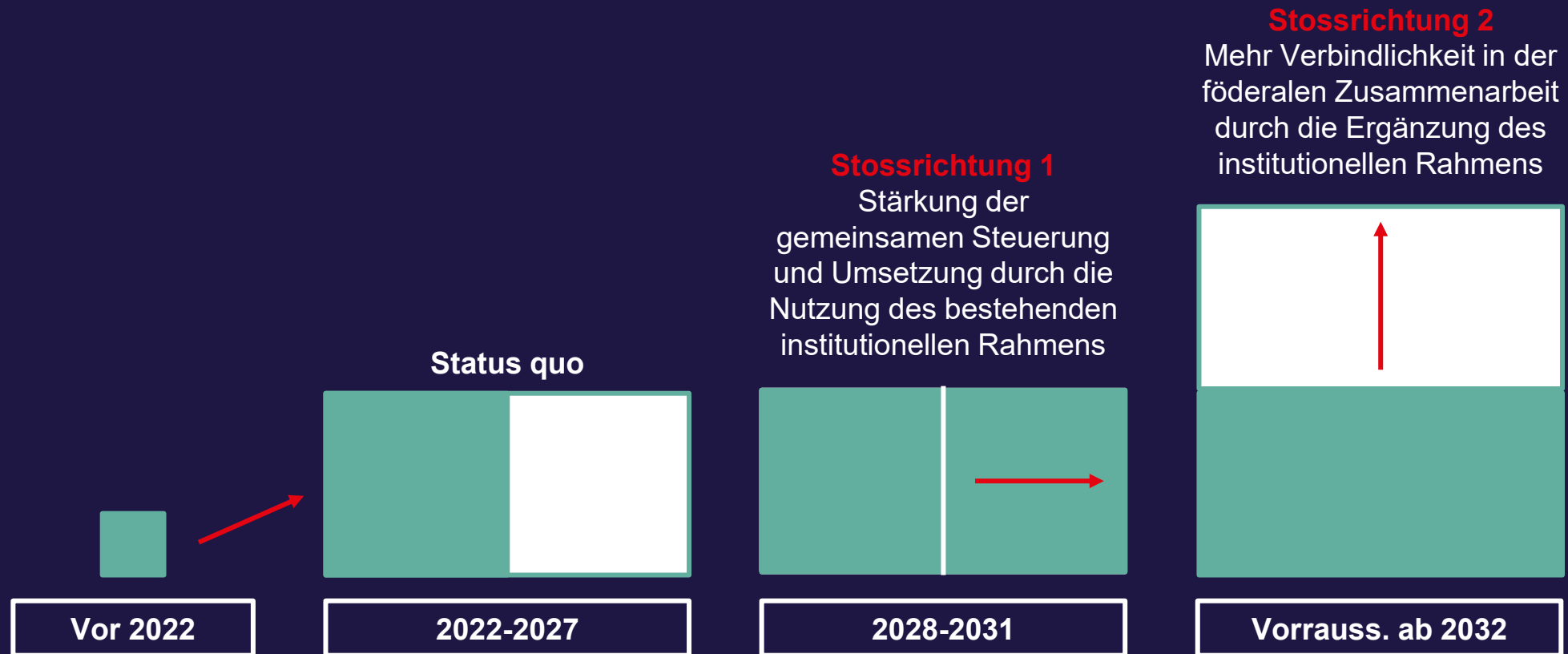
Stossrichtung 2: Mehr Verbindlichkeit in der föderalen Zusammenarbeit

- Bundeskompetenz mit spezifischen Regeln der Mitwirkung der Kantone und Gemeinden
- Bedarfsgerechte Standardsetzung mit differenzierter Mitwirkung der Kantone und Gemeinden



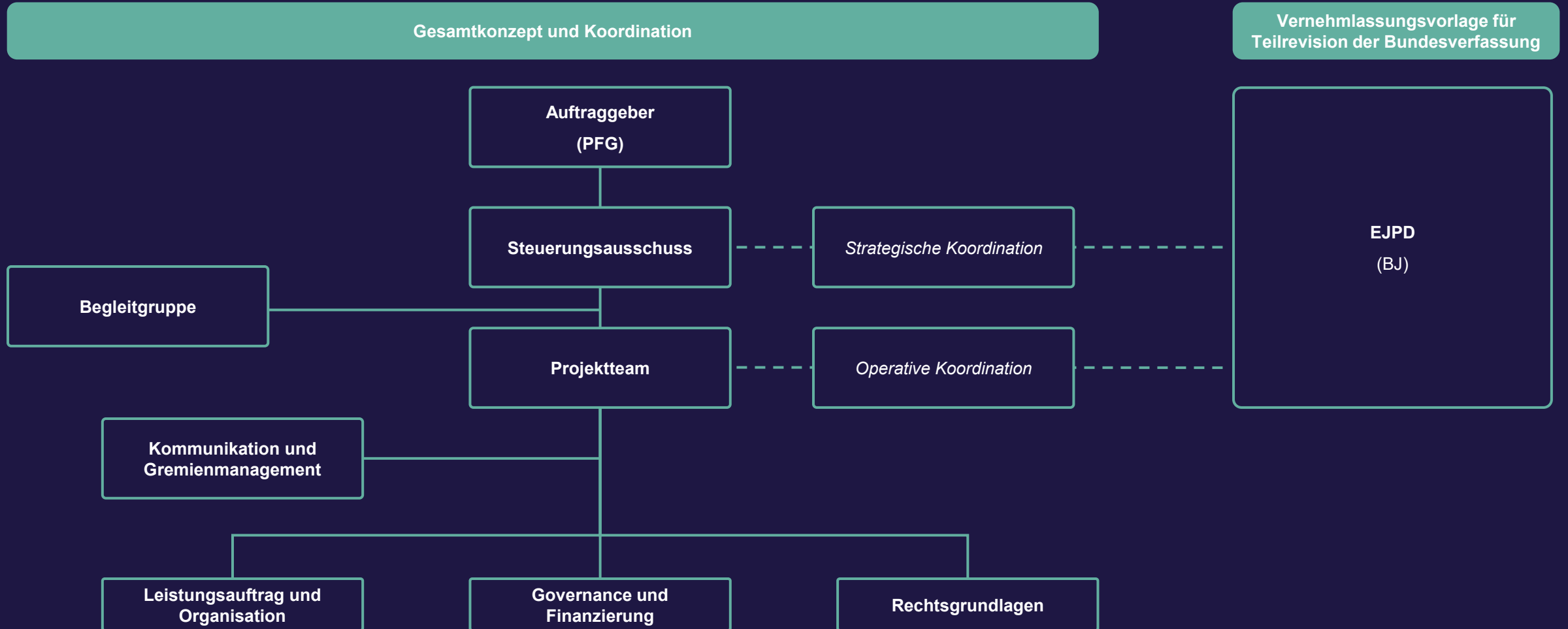


Zielbild und Stossrichtungen





Projektorganisation





Projektorganisation

Gremium	Mitglieder	
Auftraggeber	Politisches Führungsgremium DVS	
Steuerungsausschuss (STA) <i>Festlegung inhaltlicher Stossrichtungen, Freigabe der Liefenergebnisse und institutionelle Verankerung</i>	Peppino Giarritta, Vorsitz (Gst. DVS)	Thomas Minger (GS-KdK)
	Barbara Hübscher Schmuki (GS-EFD)	Benedikt van Spyk (Kanton St.Gallen)
	Susanne Kuster (BJ)	Gast: Daniel Markwalder (BK-DTI)
Projektteam <i>Erarbeitung der Liefenergebnisse und Koordination</i>	Astrid Strahm (Gst. DVS)	Marianna De Stefano (PwC)
	Sebastian Singler (PwC; Projektleiter)	
Kommunikation und Gremienmanagement	Vanessa Eugster (Gst. DVS)	Adriano Guerrieri (Gst. DVS)
Begleitgruppe (BG) <i>Allgemeines Sounding mit Fokus auf institutioneller Verankerung</i>	n.n. (Vertretung lateinische Schweiz)	Anna Meisser (SSV)
	Christoph Bloch (BJ)	Silvan Müggler (SGV)
	Monique Cossali (BJ)	Simon Müller (GS-EFD)
	Nadine Eckert (GS-KdK)	Jan Scheffler (Kanton St.Gallen)
	Marianne Fraefel (BK-DTI)	
Teilprojektgruppen (TP) <i>Aufgabenspezifische fachliche Inputs und Validierung (z. T. Erarbeitung von Textbausteinen)</i>	Leistungsauftrag und Organisation <i>Spezialist/innen: Architektur und Standardisierung</i> <ul style="list-style-type: none">- Leitung: Marcel Kessler (Gst. DVS)/ Sebastian Singler (PwC)- Florian Steffen (Gst. DVS)- Vertretung BK-DTI- Ggf. weitere <i>Spezialist/innen: Koordination von Betriebs- und Entwicklungsleistungen</i> <ul style="list-style-type: none">- Leitung: Andreas Burren (Gst. DVS)/ Sebastian Singler (PwC)- Vertretung BIT- Ggf. weitere	Finanzierung <ul style="list-style-type: none">- Leitung: Astrid Strahm (Gst. DVS) / Sebastian Singler (PwC)- Marcel Kessler (Gst. DVS)- Vertretung EFV- Vertretung BJ- Ggf. weitere Rechtsgrundlagen <ul style="list-style-type: none">- Leitung: Simon Müller (GS-EFD) / Sebastian Singler (PwC)- Vertretung BJ- Vertretung BK-DTI- Vertretung SSK- Ggf. weitere



Zweck und grundlegender Gedanke der verbindlichen Standardsetzung

Standardisierung schafft die Basis für eine interoperable, sichere und wirtschaftliche digitale Verwaltung.

Definition von Standards gemäss Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 23.2050, Kapitel 2.4.2

« Ein Standard ist ein Set von Vorgaben, die auf einen bestimmten Gegenstand der Vereinheitlichung Anwendung finden. Standards werden typischerweise dort erlassen, wo das anwendbare Recht keine (abschliessenden und detaillierten) Vorgaben macht, aber eine Einheitlichkeit angestrebt wird.»

Definition von Standards gemäss Statuten des Vereins eCH

«Ein eCH-Standard ist ein Dokument, das über den eCH-Prozess mit Konsens erstellt und von eCH angenommen wurde, und das für die allgemeine und wiederkehrende Anwendung Regeln, Leitlinien oder Merkmale für Tätigkeiten oder deren Ergebnisse festlegt. Es fallen darunter unter anderem technische Interoperabilitätsstandards, Verfahrensstandards, konzeptionelle Datenmodelle, Format- und Datendefinitionen, Präzisierungen von bestehenden internationalen Standards, Beschreibung von ‚Best Practices‘, welche neuen eGovernment-Projekten von Nutzen sein können.»

Warum benötigen wir Standardisierung?

- Standardisierung ist im **Kontext der Vereinheitlichung** zu betrachten.
- Zentrales Anliegen der Vereinheitlichung ist die **Interoperabilität** (semantische, technische, organisatorische und rechtliche Interoperabilität) – also die **Fähigkeit heterogener Systeme, mit aktuellen und zukünftigen Systemen nahtlos zu interagieren**.
- Darüber hinaus unterstützt eine Vereinheitlichung **Wirtschaftlichkeit, Daten- und IT-Sicherheit, Datenschutz, Transparenz** sowie **einheitliche Qualitätsstandards**.

Arten und Bereiche der Standardisierung und Vereinheitlichung

- Im Rahmen der Erarbeitung des Zielbilds wurde eine **systematische, umfassende Betrachtung** vorgenommen, **welche Arten und Bereiche für die digitale Verwaltung relevant sind** (siehe Folgeseite).



Heutige Situation der Standardisierung im Bereich der digitalen Verwaltung

Exkurs: Standardisierung

Aktuelle Schwächen in der Standardisierung erfordern gezielte Steuerung und Verbindlichkeit auf politischer und fachlicher Ebene.

Schwächen in der heutigen Situation

- Der Bottom-up-Ansatz in eCH ist stark, ebenso wie die Zusammenarbeit von Behörden, Unternehmen und Hochschulen. **Es fehlt jedoch eine Top-down-Steuerung.**
- Standards werden häufig **isoliert und nicht im Gesamtkonzept betrachtet und entwickelt.**
- **Der Standardisierungsprozess ist von anderen Führungsprozessen**, insbesondere der Strategie-, Architektur- und Projektportfolioentwicklung, **abgekoppelt.**
- Es gibt **keine Bekanntheit und Verankerung auf politischer Ebene.**
- Es **fehlt an Verlässlichkeit und Durchsetzung** bei Investitionen und bei Produkten der Privatwirtschaft (z. B. in Beschaffungen).

Erste Massnahmen wurden bereits ergriffen

Seit 2025 wird gemeinsam mit der DVS ein **Masterplan Standardisierung** entwickelt, um strategische Prioritäten in der Standardentwicklung zu setzen.

Zielbild DVS

Das Zielbild DVS und damit Stossrichtung 1 und Stossrichtung 2 zielen hinsichtlich der Standardisierung darauf ab, die **genannten Schwächen auszumerzen.**

Im Speziellen dient die Verbindlicherklärung folgendem Zweck:

Die Verbindlicherklärung von Standards hat zur Folge, dass sich die Gemeinwesen – auf politischer und fachlicher Ebene – mit den Standards auseinandersetzen müssen, um sich zu deren Verbindlicherklärung äussern zu können. Dadurch entsteht ein Interesse, sich aktiv in den Standardisierungsprozess einzubringen und somit die digitale Transformation im föderalen System mitzugestalten.

Auch für IT-Anbieter, die nicht direkt Adressaten der Verbindlicherklärung von Standards sind, kann diese Verbindlicherklärung Auswirkungen haben. Denn die durch die Standards gebundenen Gemeinwesen dürfen nur noch standardkonforme Güter und Dienstleistungen beschaffen.

Mit anderen Worten: **Die Verbindlichkeit von Standards** – und damit verbunden die Möglichkeit einer Durchsetzung – **schaft eine stärkere Bereitschaft, sich auf politischer und fachlicher Ebene in deren Entwicklung einzubringen und sie schliesslich in IKT-Projekten umzusetzen.**



Weitere Arbeiten und Zusammenspiel von Vernehmlassungsvorlage und Gesamtkonzept

Auch die nächsten Schritte sind eng getaktet. Eine regelmässige Abstimmung der Arbeiten ist fundamental.

März 2026

Abgleich der Dispositionen, zentraler Fragestellungen und Gestaltungsgrundsätze für das Gesamtkonzept und das Normkonzept von Stossrichtung 2

Juni 2026

Grobentwurf des Gesamtkonzepts mit allen relevanten Inhalten für den Zielzustand 2028-2031

August 2026

Entwurf des Gesamtkonzepts, mitumfassend die grobe Beschreibung der institutionellen Lösung für den Zielzustand 2031ff. (ggf. In Varianten; ohne ausformulierte Rechtsgrundlagen)

November 2026

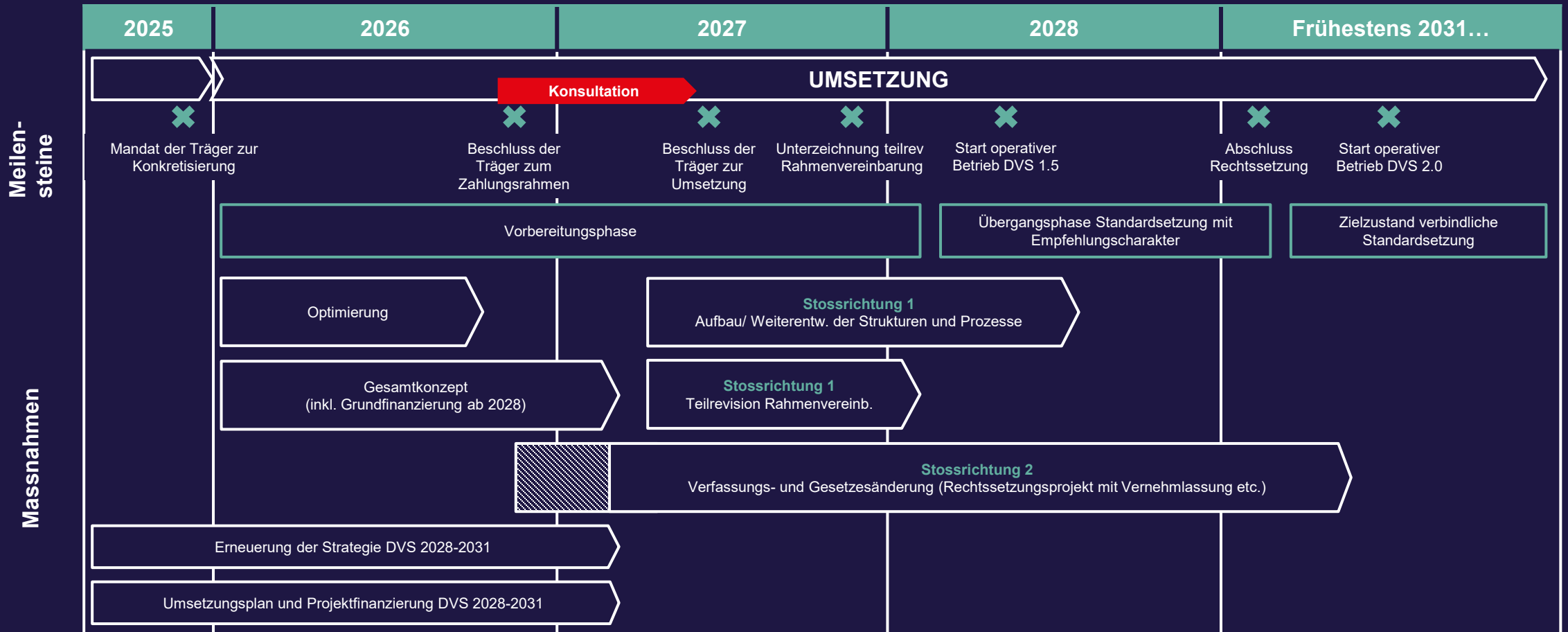
Start der Konsultation des Gesamtkonzepts (ggf. Mit Varianten)

Sommer 2027

Verabschiedung des Gesamtkonzepts durch Träger und Vernehmlassungseröffnung für Rechtsgrundlagen für Zielzustand 2031ff.



Weiteres Vorgehen





Fragen und Diskussion



Peppino Giarritta

Beauftragter von Bund und Kantonen
für die Digitale Verwaltung Schweiz

+41 58 481 86 03

peppino.giarritta@digitale-verwaltung-schweiz.ch



Merci